

Reiner Bernstein

Zionismus, Antizionismus, Antisemitismus und Staat Israel

Einführende Bemerkungen:

Ob eine erkenntnistheoretische Unterscheidung zwischen altem Antijudaismus und neuem Antisemitismus angemessen ist, wird in der Wissenschaft strittig diskutiert. Zumindest wirft sie Probleme auf, die um die Frage nach dem Einfluss der religiösen Tradition in der Epoche der Säkularisierung kreisen¹. So hat etwa der in Frankfurt/Oder lehrende Historiker Gangolf Hübinger eine solche Zäsur zurückgewiesen². Der Psychoanalytiker Moshe Postone hatte schon früher auf die fundamentale Gemeinsamkeit aller Formen des Antisemitismus hingewiesen: ihren Mythos von der jüdischen Macht – „Gott zu töten, die Beulenpest loszulassen oder, in jüngster Zeit, Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen“³. Der in Köln lehrende Judaist Hermann Greive hatte die These vertreten, dass es „viele Gemeinsamkeiten zwischen älteren und jüngeren Formen des Judenhasses, aber natürlich unter den sich wandelnden Verhältnissen entsprechend auch Unterschiede genug“ gebe⁴. Terminologisch zwischen älterer Judenfeindschaft und jüngerem Antisemitismus zu unterscheiden, sei zwar legitim, jedoch keineswegs präziser, wenn es um die Erfassung seiner Erscheinungsformen gehe.

Insofern sei es „unangemessen und irreführend“, so Greive weiter, „den modernen Antisemitismus nach bestimmten Argumentationsreihen in die Spezies des religiösen, wirtschaftlichen, politischen, rassistischen Antisemitismus usw. auseinanderzulegen“. Stattdessen schlug Greive vor, die „Religion, genauer die christlich-jüdische Differenz, [als] die langfristige strukturgeschichtliche Komponente“ für entscheidend im Zusammenwirken verschiedener Variablen zu verstehen. Denn der religiöse Antijudaismus finde sich morphologisch in zahlreichen Facetten des modernen Antisemitismus wieder – ob als soziale Distanz, als ökonomischer Neid in Zeiten von Wirtschaftskrisen oder als Verurteilung sittlicher Verderbtheit. „Rationalisierungsschemata“, die in erster Linie „nach der ideologischen Ausstattung des Antisemitismus“ fragten, gingen „an der komplexen Realität dieses Phänomens“ vorbei. Deshalb komme es darauf an, das Phänomen des Antisemitismus nach seinen historisch-genetischen und gesellschaftlichen Funktionen zu untersuchen, also der Frage nachzugehen, warum das Vorurteil entsteht und welche Bedürfnisse es befriedigt.

Indem die Antisemiten den Juden einen „unausrottbaren Charakter“ („*character indelebilis*“) vorhielten⁵, der sich weder durch Taufe noch durch Assimilation wettmachen lasse – schon im spanischen Hochmittelalter wurde in Abgrenzung zu den jüdischen Konvertiten, den „Marranos“ („Schweine“), mit dem Begriff der „Reinheit des Blutes“ („*limpieza de sangre*“) argumentiert –, bereitete das Vorurteil die Enthumanisierung vor, zwar nicht zwingend des Juden als Individuum, aber als bindendes Prinzip: Nicht einmal vor der Taufe und der vollständigen Assimilation schreckte „der Jude“ zurück, wenn er die Macht erobern wolle. Für den britischen Historiker Arnold Toynbee zählte das Judentum zu den „Fossilien“. Damit nahm Toynbee das alte theologische Paradox vom „alten Israel“ wieder auf, das sich irritiert darüber zeigte, dass es weiterhin Juden gab, obwohl ihnen das Heil in Jesus Christus offenstand. Andere Autoren bezeichneten die Juden als „Abschaum“, wie aus einer katholischen Musterpredigt aus dem Jahr 1866 hervorgeht⁶. Der Philosoph und Nationalökonom Eugen Dühring (1833 – 1921) rechnete sie zum „Ungeziefer“; in dieselbe Kerbe hatte schon der für seinen Freigeist gerühmte Philosoph Georg Christoph Lichtenberg (1742 – 1799) gehauen. Fast harmlos nimmt sich demgegenüber der „Antisemitismusstreit“ zwischen Heinrich von Treitschke und Theodor Mommsen 1879/80 aus, deren Einschätzung der „Judenfrage“ nicht so weit auseinander lag: Hatte Treitschke

vor einer massenhaften jüdischen Einwanderung aus Osteuropa gewarnt, so verlangte sein liberaler Gegenspieler auch von den deutschen Juden, dass sie „alle Schranken zwischen sich und den übrigen deutschen Mitbürgern (sic!) mit entschlossener Hand niederzuwerfen“ hätten⁷. Gemeint war der Verzicht auf die religiöse und – was von ihr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts noch übrig geblieben war – die kulturelle Differenz. Der sich zu erkennen gebende Jude, der an den religiösen Traditionen festhielt, blieb den „bürgerlichen Antisemiten“ (Horkheimer/Adorno) zwar fremd, doch war er ihnen insofern sympathischer, als er von sich aus auf kulturelle und soziale Distanz hielt⁸.

Bis zum Ende des Zweiten Kaiserreiches 1918 blieb es in Preußen üblich, dass die Behörden Namensänderungsanträge auch getaufter Juden abschlägig beschieden: „Personen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft“ sei es untersagt, lautete die Begründung „zur Verschleierung der jüdischen Abstammung zum Zwecke des besseren Fortkommens die Namen zu ändern“⁹. Die Tel Aviver Historikerin Shulamit Volkov zog aus solchen Anordnungen und Verhaltensweisen das Fazit eines „kulturellen Code“¹⁰. Auch wenn der damalige Niedergang der antisemitischen Parteien nicht zu übersehen war, so vermutete Volkovs Hamburger Kollege Werner Jochmann, „dass der rassistische Antisemitismus in den kleinen Sekten und Zirkeln der radikalen Antisemiten immer schärfer ausgebildet wurde. In diesen Klein- und Kleinstgruppen wurden Vorstellungen antisemitischer Politik entwickelt, an die Nationalsozialisten ohne weiteres anknüpfen konnten“¹¹ – mit einer wesentlichen Abweichung: An die Stelle des „Gefühls“ wollten sie „die Erkenntnis von Tatsachen“ setzen: Hitler plädierte anstelle „spontaner“ Tötungsexzesse des „Volkszorns“ für einen „Antisemitismus der Vernunft“:

„Der Antisemitismus aus rein gefühlsmäßigen Gründen wird seinen letzten Ausdruck finden in der Form von Pogromen. Der Antisemitismus der Vernunft jedoch muss führen zur planmäßigen gesetzlichen Bekämpfung und Beseitigung der Vorrechte des Juden, die er zum Unterschied zu anderen zwischen uns lebenden Fremden besitzt (Fremdengesetzgebung). Sein letztes Ziel aber muss unverrückbar die Entfernung des Juden überhaupt sein“¹².

Die Shoah war kein Ausfluss des Rassismus, denn den Juden gemeinsame körperliche oder geistige Merkmale ließen sich nicht nachweisen. Also wurden sie nicht vernichtet, weil sie einer minderwertigen Rasse angehörten, sondern sie gehörten überhaupt keiner menschlichen Rasse an¹³. Allein die Jahrhunderte lange Beschädigung des Wortes bewog nach dem Zweiten Weltkrieg Theodor Heuß zu der bangen Frage, ob es „überhaupt zu verantworten“ sei, „das Wort ›Jude‹ auszusprechen“.

Kultureller Code und kollektives Bewusstsein nach 1945

Die nach 1945 verordnete öffentliche Tabuisierung des Antisemitismus hat dessen Präsenz im kollektiven Bewusstsein nicht außer Kraft gesetzt. Die Kirchen, in denen einzelne Gemeinde sogenannte Judenchristen vor ihrer Deportation „ausgesegnet“ hatten, ließen sich ebenso Zeit mit einem „Schuldbekenntnis“, wie die Behörden und die Regierungen – im westlichen Teil Deutschlands zunächst auf Landesebene – auf den Kurs einer „Vergangenheitspolitik“ einschwenkten¹⁴, die sich in personellen Kontinuitäten in Ämtern und Kanzleien niederschlug. Angehörige von Berufsständen wie aus dem Kreis der Juristen, die dem NS-System treu gedient hatten, entgingen vollständig der Strafverfolgung. War für den Staatsrechtler Carl Schmitt in seinem Buch „Der Leviathan“ (1938) zu Beginn des 19. Jahrhunderts die „erste Generation emanzipierter Juden in breiter Front“ in Europa eingebrochen – die „jungen Rothschilds, Karl Marx, Börne, Heine, Meyerbeer und viele andere besetzten jeder sein Operationsgebiet in der Wirtschaft, der Publizistik, Kunst und Wissenschaft“ –, so vertraute er neun

Jahre später seinem Tagebuch den Satz an, dass gerade der assimilierte Jude der wahre Feind sei¹⁵. Meinungsumfragen, zunächst unter US-amerikanischer Ägide in ihrer Besatzungszone, ermittelten einen beständig hohen Pegel ressentimentgeladener Einstellungen. Den Gegenbeweis, dass sie nicht, wie häufig behauptet, auf sozial unterprivilegierte Schichten beschränkt bleiben, lieferte 1990 der Filmemacher und Künstler Hans Jürgen Syberberg, als er die „seelische Umweltverschmutzung“ durch die „Ästhetik der Sieger“ des Zweiten Weltkrieges beklagte:

„Die Ästhetik von Adorno bis Bloch und Benjamin, Marcuse und Kracauer bestimmte im Erbe des deutschen Idealismus das kulturelle Leben nach 1945 in Deutschland. Sie wurden zu den geistigen, von Hitler unbefleckten Gründungsvätern der Nachkriegsgeschichte Deutschlands. Was nach ihnen kommt, ist internationale Beliebigkeit multikulturellen Mediencharismas...¹⁶“

Antisemitische Einstellungen führten keineswegs immer zur Wahl einer rechtsextremen Partei, hat Werner Bergmann vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung jüngst ausgeführt¹⁷. Indem sich das Vorurteil eindeutigen sozialen und ideologischen Zuordnungen entzog und – wie Detlev Claussen es ausdrückte – im Bewusstsein und Unterbewusstsein der Massen tiefer verwurzelt blieb als die Argumente antisemitischer Agitatoren¹⁸, verletzte die nach der Shoah erzwungene Chiffrierung der Sprache das antijüdische Tabu nicht und brauchte sich deshalb keinen Vorhaltungen auszusetzen. Vielmehr vertraut sie nach wie vor auf einen projektiven Resonanzboden, der sich keiner empirischen Nachprüfung stellen muss, aber jederzeit abrufbar ist und in Umbruch- und Krisenzeiten die Gefahr seiner Mobilisierbarkeit beschwört. Das antijüdische Ressentiment ist nicht die soziale Ausnahme, sondern die Normalität. „Fast 89 Prozent derjenigen, die sich selbst als politisch ›genau in der Mitte‹ einordnen, stimmen einer oder mehreren Facetten des Antisemitismus zu“, wurde in einer neuen Studie ermittelt¹⁹.

Auffälliger als der Streit von Fachwissenschaftlern und die Ergebnisse von Meinungsumfragen, die regelmäßig einen „harten“ antisemitischen Kern von rund zwanzig Prozent ermittelten, blieb das Phänomen der sogenannten Kommunikationslatenz²⁰ – die Verwendung von Metaphern, die aus Scheu vor diskreditierendem Widerspruch und in Kenntnis der Verbrechen auf offene Ausfälle verzichten. Fein gesponnene Anspielungen spekulieren auf assoziative Reaktionen und bedienen sich Texten der Bibel sowie Begriffen aus der Welt von Politik und der Wirtschaft: „Rachegott“, „Auge zum Auge, Zahn um Zahn“, „Judaslohn“, „Hexensabbat“, „pharisäische Heuchelei“, dazu „Judenfrage“, „Händler“, „Kaufhaus“, „Presse“, „Wallstreet“, „Finanzkapital“ und „Weltmacht“. Die gesellschaftlichen Konstrukte erreichten auch die Anhänger der Antiglobalisierungsbewegung, wenn sie globale Phänomene von Unterentwicklung, Ausbeutung, Armut, Analphabetismus und kulturelle Entfremdung auf ein universales Herrschaftssystem zurückführen. Die Anfälligkeit für antijüdische Vorurteile wird evident. Besonders offensiv hingegen machte sich die Befangenheit im Zuge des US-amerikanischen Irak-Krieges bemerkbar, als der Hinweis auf die neokonservativen Politiker und Meinungsmacher um George W. Bush herum nicht ohne Hinweis auf Paul Wolfowitz, Richard Pearl, Irvin Kristol, Robert Kagan, Alan Dershowitz, Norman Podhoretz und natürlich das „American Israel Public Affairs Committee (AIPAC)“ – die „jüdische Lobby“ – auskommen wollten.

Nach dem Ausschluss Martin Hohmanns aus der CDU 2004 veröffentlichte das Organ der „Republikaner“ ein Foto deutscher Politiker mit einer Kippa an der Seite des Zentralratsvorsitzenden Paul Spiegel, um den verdeckten jüdischen Einfluss auf die Politik zu demonstrieren²¹. Der Vorgang blickt auf Kontinuität zurück. Denn als ein Abgeordneter der Union Mitte der 1980er Jahre seine Überzeugung zu Protokoll gab, dass überall dort, wo Geld im Kasten klimpert, die

Juden nicht weit seien, begegnete Helmut Kohl journalistischen Nachfragen mit dem klassischen Satz: „Wenn ich ihn nächstens sehe, werde ich ihm sagen: Formulieren Sie nicht so!“ Einen ausdrücklich theologischen Akzent setzte hingegen ein Freisinger Prälat, der bei der Einweihung der internationalen Jugendbegegnungsstätte 1985 in Dachau betonte, dass „die Aufarbeitung der Vergangenheit kein Politikum ist, sondern nur im Lichte des Glaubens geleistet werden kann“: „Jerusalem muss mit dem Kalvarienberg und Dachau muss mit der KZ-Gedenkstätte leben.“

Anfang der 1980er Jahre hatte sich die bis dahin vorherrschende „Kommunikationslatenz“ merklich gelockert. Nach den schweren Vorwürfen des israelischen Ministerpräsidenten Menachem Begin gegen Bundeskanzler Helmut Schmidt nach dessen Besuch in Saudi-Arabien, bei dem er auf die nationalen Rechten der Palästinenser hingewiesen hatte, nahm die SPD-Zentrale in Bonn mit gutem Grund davon Abstand, die eingehende Post aus vielen Kreisen der deutschen Bevölkerung öffentlich zugänglich zu machen. Bedenklichen Anlass boten zusätzlich die Kontroverse um Rainer Werner Fassbinders Stück „Die Stadt, der Müll und der Tod“, der Besuch von Helmut Kohl und Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg und der von Ernst Nolte provozierte Historikerstreit²², bei dem es um die Frage ging, ob Stalins „Gulag“ Hitler als Vorbild für „Auschwitz“ gedient habe. Noch hatte Richard von Weizsäcker seine Rede zum 40. Jahrestag nach Kriegsende nicht gehalten, da bahnten sich Forderungen nach einen „normalen Umgang mit der deutschen Geschichte“ ihren Weg. Wie sehr sie von antijüdischen Untertönen begleitet wurden, belegte der Kommentator der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ anlässlich der Staatsvisite in Bitburg:

„Kriegstote und Opfer der Barbarei ... ehrt man so, wie es Mitterand und Kohl [in der Normandie] getan haben: durch eine Ehrfurchtsbezeugung im Angesicht der Opfer, durch eine christliche Geste der Demut, die nicht nur Frieden, sondern auch Aussöhnung verheißt. Präsident Reagan hatte den richtigen Instinkt, dass so zu verfahren sei. Aber eine mächtige publizistische Maschinerie seines Landes pflegt die Verfolgung bis ins siebte Glied und ist für jeden Anlass dankbar, das Zerrbild des hässlichen Deutschen wieder auszugraben und alte Wunden aufzureißen. Ihren Betreibern macht es nichts aus, selbst die Toten noch zu sortieren und den Präsidenten zur Marionette zu machen. Hier verquicken sich Machtgelüste mit den geschäftlichen Interessen einer Unterhaltungsindustrie, der das ›Nazi-Thema‹ allemal willkommen ist. Von Differenzierung und Verantwortung keine Spur. ... In ihrer unreflektierten Selbstgewissheit täuschen sich viele Amerikaner darüber hinweg, wie stark der Anti-Amerikanismus weltweit im Vordringen ist. ... Es wäre empfehlenswert, wenn sich diese Kreise einmal die demoskopischen Reihen der letzten Jahre ansehen und auch das Ansteigen jener trüben Flut registrieren würden, die eine wachsende Abneigung gegen alles Amerikanische signalisiert. Sie wird heute vorwiegend von links gespeist; aber wehe, wenn der Strom auch noch vom anderen Ende des politischen Spektrums verstärkt wird, wozu Ansätze erkennbar sind...²³“

Drei Tage später war in derselben Zeitung nachzulesen:

„Wir Deutschen können Verzeihung nicht fordern. Aber es hatte erstaunt, dass die größte Errungenschaft des Christentums, die auch dessen Beitrag zur politischen Zivilisation der Welt sein sollte, nämlich das Gebot der Vergebung, so schwer es auch falle, in dieser Explosion von Meinungen, von Empörung und Verurteilung überhaupt keine Rolle zu spielen schien. Reagan hat das Bekenntnis zu dieser sittlichen Auffassung ruhig, freundlich lächelnd abgelegt. Diejenigen, die aus durchsichtigen Gründen auf den angeblich einfältigen Reagan mit Worten eindreschen und dabei anderes bezwecken, wie auch alle, die glauben, ein amerikanischer Präsident meine gar nicht, was er sage, werden widerlegt. Reagan setzt gegen übertriebene politische Schläue mit der Schlichtheit des

Amerikaners auf jenen Wert, dessen Überlegenheit in seiner scheinbaren Einfalt liegt: das Verzeihen“²⁴.

Sechs Monate später, im Herbst 1985, schrieb der Theaterkritiker der „Frankfurter Rundschau“ anlässlich der Bühnenbesetzung gegen die Aufführung von Fassbinders Stück in der Stadt:

„... manche Formen, welche die jüdischen Demonstranten in Frankfurt ihrem Protest gegeben haben, sind nicht frei von Heuchelei. Die Verhinderung von Aufführungen in dem städtischen Theater ist auch Ausdruck eines Machtanspruchs bestimmter herrschender Kreise der Stadt, die, wie der korrupte Polizeipräsident in dem umkämpften Stück, aus leicht identifizierbaren Interessen nicht zulassen wollen, dass öffentlich verhandelt wird, was für Fassbinder allerdings ein Thema war: die Zugehörigkeit einiger Vertreter des jüdischen Kapitals zu einem rechten Power-Kartell...“²⁵

Auf die Kontroversen um Äußerungen von Jürgen Möllemann, Martin Hohmann (dessen Identifizierung von Tätern und Opfern eine Vorläuferin hatte²⁶), Martin Walser und Jörg Friedrich – „Wenn Friedrich schreibt, die Bombenflotten seien ›Einsatzgruppen‹, brennende Luftschutzkeller ›Krematorien‹ und die Toten ›Ausgerottete‹, dann hat man sprachlich die völlige Gleichsetzung mit dem Holocaust“²⁷ – kann hier nicht näher eingegangen werden. Nur soviel, weil der Vorgang das verbreitete Empfindung jüdischer Fremdheit belegt: Als Franz Schönhuber 1994 Ignatz Bubis als denjenigen bezeichnete, „der in Deutschland für den Antisemitismus sorgt“, lehnte die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Landshut die Anklageerhebung von Amts wegen mit der Begründung ab, durch die Äußerung werde „kein Bevölkerungsteil, hier die in Deutschland lebenden Juden, angegriffen, weil sich die Äußerung in ganz konkretem Zusammenhang gegen zwei ganz konkret benannte Persönlichkeiten [neben Bubis auch Michel Friedman] richtet und nicht als Aussage über die in Deutschland lebenden Juden“.

Beispiele wie diese belegen die Illusion, dass der Generationenwechsel in Deutschland für eine „wissende Unbefangenheit“²⁸ im Umgang mit der Shoah sorgen werde. Das Gegenteil scheint der Fall zu sein: Nach der Phase der pathetischen Glorifizierung des politischen Zionismus bis in die 1960er Jahre hinein, der entweder hochkonservative Züge oder eine unbändige Begeisterung für den Kibbuz als Inkarnation einer künftigen sozialistischen Gesellschaftsordnung eigen war, trat eine beklemmende Ernüchterung ein: Der einst in den Himmel gehobene Israeli entpuppte sich als Jude. Trotz zahlloser Dokumentationen in den Massenmedien und Berichten über die NS-Zeit und trotz der vielfältigen Erziehungs- und Bildungsprogramme in Schule und Erwachsenenbildung beschränkt sich das antijüdische Ressentiment nicht auf den politischen Extremismus, sondern lebt nach der Phase der Tabuisierung in der Mitte der Gesellschaft wieder auf. Im Rahmen der Auseinandersetzung mit der Politik Israels gegenüber den Palästinensern bilden sie allzu häufig ein weltanschauliches Bindeglied zwischen „rechts“ und „links“.

Antisemitismus und Staat Israel

Ende der 1960er Jahren trat in linken deutschen Kreisen zum ersten Mal die „Opfer der Opfer“-These öffentlich auf den Plan. Nach den territorialen Eroberungen Israels im Junikrieg mit der Folge erster in Erscheinung tretender Menschenrechtsverletzungen, denen die palästinensische Bevölkerung in der Westbank und im Gazastreifen infolge der infrastrukturellen Veränderungen dieser Gebiete durch Bodenenteignungen und den Bau jüdischer Siedlungen unterlag, stellte sich die Frage: „Solidarität mit wem?“:

„Die Solidarität mit den Opfern des Faschismus scheint eine prinzipiell pro-israelische Haltung im Nahost-Konflikt nahezulegen; im Rahmen der noch immer ausstehenden Aufarbeitung der eigenen Vergangenheit schreibt das anti-faschistische Gewissen vielen Deutschen eine einseitige Solidarität mit den direkten Opfern des Faschismus vor. Aus sozialistischer Sicht ist diese Einstellung zu korrigieren mit dem Hinweis, dass die Juden nicht die einzigen Opfer der deutschen Vernichtungsstrategie geblieben sind. Die Araber Palästinas sind zwar nur in indirekter Weise, aber doch *gleichermaßen* Opfer des europäischen Antisemitismus geworden, insofern das palästinensische Volk durch die gegen seinen Willen erfolgte israelische Staatsgründung fundamentaler Kollektivrechte beraubt worden ist²⁹.“

Zwar kritisierte der Autor die arabische Nationalbewegung insgesamt, weil sie das Ziel der „Befreiung“ in ihrem Umfang nicht definiere und weil die stärksten Gruppen der Palästinenser ausdrücklich die Zerschlagung des Staates Israel auf ihre Fahnen geschrieben hätten; zwar schien ihm die Position Jean-Paul Sartres, nämlich einer Vermittlung zwischen der israelischen und der arabischen Linken, „die einzig mögliche Haltung der europäischen Linken zu sein“ – gleichwohl war nicht zu übersehen, dass hier erstmals eine Gleichsetzung zwischen der Massenvernichtung des europäischen Judentums auf der einen sowie der Flucht und Vertreibung von rund 750.000 Arabern aus Palästina 1948 und den Praktiken der israelischen Politik nach 1967 auf der anderen Seite vorgenommen wurde.

Mit der Libanon-Invasion der israelischen Truppen Anfang Juni 1982, die der Vernichtung der PLO galt, und – zwei Tage nach der Ermordung von Staatspräsident Pierre Gemayel – mit dem Massaker an 3.000 palästinensischen Flüchtlingen in den Lagern Sabra und Shatila Mitte September durch christlich-maronitische Milizen, denen israelische Einheiten auf Instruktion von Verteidigungsminister Ariel Sharon Flankenschutz gewährten, war die Anklage des „Holocaust der Palästinenser“ endgültig eingeführt; der Tod von über zehntausend Moslebrüdern im Norden Syriens durch das dortige Militär wenige Monate zuvor war hingegen keine Fußnote wert. Der Vergleich der israelischen Besatzung mit der deutschen Vernichtungspolitik erreichte weltweit einen argumentativen Standardwert. Je offenkundiger das hässliche Gesicht der Besatzung in Erscheinung trat, desto unverhüllter machte in deutschen Diskussionen ein Amalgam aus politischem Antizionismus und unterschwelligem Antisemitismus von sich reden, das auch die Beziehungen zwischen jüdischen und nichtjüdischen Deutschen in erheblichem Maße belastete, weil die Mehrheit der Juden die Auswanderung nach Israel als ultimativen Rettungsanker für den Fall der Unerträglichkeit ihres Lebens hierzulande begreift. Es blieb Daniel Jonah Goldhagen vorbehalten, im „aktuellen Nachtrag“ seines Buches „Hitlers willige Vollstrecker“ die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg mit einer politischen Ehrenerklärung zu erfreuen³⁰.

Den gegenteiligen Beleg lieferte indes die bereits erwähnte statistische Erhebung von 2004, wonach sich mehr als 65 Prozent dagegen verwahrten, die „Verbrechen [Nazi-Deutschlands] noch heute vorgehalten (zu) bekommen“, und im gleichen Atemzug der Frage entweder „voll oder „voll und ganz“ zustimmten, ob Israel „einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser“ führe³¹; Martin Walser hatte sechs Jahre früher bei der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels gegen die „Dauerpräsenz unserer Schande“ in den Medien protestiert. Nach Erhebungen des Bielefelder Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung unter 3000 Deutschen – davon 2700 ohne Migrationshintergrund – zu Juden und Staat Israel meinte mehr als jeder zweite Deutsche, dass Israel den Palästinensern ungefähr das antue, was einst die Deutschen den Juden angetan hätten (57,3 Prozent). Dass der Vorwurf auch bei arabischen und palästinensischen Agitatoren Anklang und Verwendung findet und dass er in

Israel sowohl im Kampf gegen nationale Bestrebungen der Palästinenser als auch innenpolitisch gegen „Verzichtspolitiker“ eingesetzt wird – hier erfolgt neuerdings ein Rekurs auf die biblisch-mythische Figur des Amalek, dem Todfeind des Volkes Israel³² –, ist nicht zu übersehen und trägt dazu bei, die Shoah und den Nahostkonflikt ihrer je spezifischen zeitgeschichtlichen Kontexte zu entkleiden. Nach dem Wahlsieg von „Hamas“ bei den Wahlen im Januar 2006 verglich der „Likud“-Vorsitzende Benjamin Netanyahu die „Bewegung des Islamischen Widerstandes“ mit dem Aufstieg der NSDAP Anfang der 1930er Jahre³³.

Jüdischer Antizionismus

Im Oktober 2005 äußerte sich der Oberrabbiner der orthodoxen jüdischen Gemeinde Wiens, Moishe Arye Friedman, in einem Gratulationsschreiben zum neuen jüdischen Jahr 5767, den die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ als Leserbrief veröffentlichte, wie folgt: „Für eine in jeder Hinsicht erfolgreiche Zukunft, in der ich mir insbesondere Frieden und Gerechtigkeit für das Heilige Land erhoffe, für ein vom Zionismus befreites Jerusalem und die Rückkehr aller palästinensischer Flüchtlinge in ihre Heimat³⁴.“ Ein anderer jüdisch-orthodoxer Autor aus den USA vertrat die Auffassung, dass die Existenz des Staates Israel „keine Bedeutung für das jüdische Volk“ habe³⁵. Hinter solchen Äußerungen steht das alte theologische Axiom, dass die „Einsammlung der Zerstreuten“³⁶ erst am Ende der Tage stattfinden dürfe und Staat Israel deshalb ein Produkt der Auflehnung gegen Gott sei. Der politische Zionismus wird gleichsam als Revolte gegen die in Bibel und Talmud vorgezeichnete jüdische Geschichte und die Bezugnahme auf die Zionssehnsucht in der israelischen Staatshymne als ein Beleg für die unerträgliche Usurpation der Verheißungen abgelehnt.

Schon an der Entstehung der zionistischen Bewegung im ausgehenden 19. Jahrhundert schieden sich die jüdischen Geister. Die jüdische Mehrheitsbevölkerung in Westeuropa hegte die Befürchtung, dass der politische Zionismus ihre kulturellen Assimilationsbestrebungen stören, den religiösen Kern des Judentums vernachlässigen und schließlich den problematischen Weg aller Nationalbewegungen gehen werde; Franz Grillparzers Warnung „von Humanität durch Nationalität zur Bestialität“, die er 1849 dem „Weg der neuern Bildung“ vorwarf, wurde ins Allgemeine verkürzt, wenn auch nicht von der orthodoxen Israelitischen Kultusgemeinde in München, die den ersten Zionistenkongress 1897 in der Stadt verhinderte, so dass Theodor Herzl und die Delegierten nach Basel ausweichen mussten. Der Antizionismus hat also auch eine jüdische Wurzel. Die Infragestellung oder gar die Negierung des Existenzrechts Israels ist nicht zwingend antisemitisch, wie verschiedentlich behauptet worden ist³⁷.

Von den rund drei Millionen Juden, die nach den zaristischen Pogromen 1881 bis Ende der 1920er Jahre aus Osteuropa auswanderten, entschieden sich nur etwa 40.000 für Palästina. Die jüdische Einwanderung aus Deutschland blieb bis zur Machtergreifung der NSDAP eine „quantité négligeable“. An zionistisch-kritischen Einstellungen hat die Shoah wenig geändert, obwohl der Massenmord nach Auffassung der israelischen Politik die Grundthese vom ewigen Juden Hass zu bestätigen schien, dem nur durch die nationale „Normalisierung“ im Rahmen des eigenen souveränen Staates mit „neuen Juden“ beizukommen sei, die den Makel der beschämenden Unterdrückung durch demonstrativen militanten Heroismus überwindet. Daraus erklärt sich die überragende Bedeutung der Armee als „Schule der Nation“ und der Sicherheit als säkularer Religion. Nicht zu Unrecht ist von einem zivilen Militarismus als organisatorischem Prinzip der Gesellschaft gesprochen worden. Eine gewalttätige Gesellschaft habe gewalttätige Kinder, eine aggressive Gesellschaft aggressive Kinder hervorgebracht, schrieb der israelische Rechnungshof 2001. Seit den 1980er Jahren fahren israelische Jugendliche regelmäßig in die ehemaligen Vernichtungslager in Polen, in denen

sie das Erlebnis als stolze Zionisten erfahren sollen – der Staat Israel als teleologische Krönung der jüdischen Geschichte. Die Tel Aviver Historikerin Idith Zertal stellte ihre jüngste, auch in Deutsch vorliegende Veröffentlichung unter den erfüllten Anspruch:

„Dies ist ein Buch über den israelischen Nationalismus, über den Tod in Israels öffentlichem Bereich und über die fatale Verbindung zwischen beiden: Über das Gedenken an den Tod, die Kultur des Todes und die Politik des Todes im Dienste an der Nation. Gleichermaßen ist dies auch ein Buch über die kollektive Erinnerung, über Erinnerung als Treuhänder der Kultur, die Bewusstsein und Identität formt und durch diese in einem ständigen, wechselseitigen Prozess geformt wird; über die Art und Weise, in der das kollektive israelische Gedenken an Tod und Trauma produziert wurde und wird, über die Wege seiner Bearbeitung, seine Perforierung und Instrumentalisierung in der zionistisch-israelischen Öffentlichkeit seit den Anfängen der zionistischen Aktivitäten im Lande Israel und besonders im Verlauf des letzten halben Jahrhunderts nach dem Holocaust an den europäischen Juden³⁸.“

Wenn sich der frühere Außenminister Abba Eban gegen ein „Shoah Business“ verwahrte, meinte er die schale Instrumentalisierung der Opfer zu politischen Zwecken, nicht nur in Israel. Der ehemalige Präsident des Parlaments, der Knesset“, zwischen 1999 und 2003, der religiös konservative Avraham Burg, befürchtete das „Ende des Zionismus“, weil sich der Staat „auf ein Konstrukt aus Korruption und auf Fundamente der Unterdrückung und Ungerechtigkeit“ stütze: „Wir können keine palästinensische Mehrheit unter dem israelischen Stiefel halten und uns gleichzeitig als die einzige Demokratie im Nahen Osten betrachten³⁹.“ Einem prominenten israelischen Interviewpartner kam seine Analyse „fast apokalyptisch“ vor⁴⁰. Wenig später machte ein Abgeordneter der linksbürgerlichen „Meretz“-Partei die „destruktive Politik“ seiner Regierung gegenüber den Palästinensern dafür verantwortlich, dass Israel „in den Augen der Welt seine Legimitation“ verloren habe⁴¹. Gegenwärtig gibt es mehrere jüdisch getragene Initiativen vor allem in England und Frankreich für einen akademischen Boykott israelischer Universitäten.

Der heute in London Mathematik lehrende Moshe Machover, einst die Ikone der antizionistischen Linken in Israel, bezeichnete Ideologie und Praxis des politischen Zionismus als größtes Hindernis für die friedliche Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts, indem er auf die Siedlerstruktur des Zionismus und auf Unterschiede zum Apartheid-Regime Südafrikas verwies. Gemeinsam sei beiden Systemen die Ausbeutung der Ressourcen des Landes, besonders der Bodenflächen, unterschieden seien sie in der Ausbeutung der eingeborenen bzw. Ursprungsbevölkerung: Die Apartheid habe als Mittel des Einsatzes der schwarzen Bevölkerung in der Wirtschaft und damit unweigerlich in die Gesamtgesellschaft gedient, während der Zionismus eine jüdische Gesellschaft schaffen wolle, also implizit auf eine ethnische Säuberung zusteure⁴². Für den heute in Oxford arbeitenden Historiker Avi Shlaim „ist der Zionismus heute der wahre Feind der Juden“⁴³. Der US-amerikanische Historiker Norman G. Finkelstein wiederum vertrat die These, wonach der Staat Israel die Shoah als „unentbehrliche ideologische Waffe“ im Kampf gegen seine Kritiker benutze⁴⁴, mit derartiger Vehemenz, dass Fachwissenschaftlern seine Pointe einer großen Verschwörung wie eine Persiflage der schlimmsten Obsessionen uralter Judenfeindschaft vorkam.

Solche Pamphlete sorgten dafür, dass sich kritische jüdische Stimmen zur Politik Israels dem Vorwurf des jüdischen Selbsthasses und der Anbiederung an die „Wirtsvölker“ – ein Begriff aus dem frühzionistischen Vokabular – aussetzen. So griff jüngst die in Oxford lehrende italienische Historikerin Emanuele Ottolenghi wütend „die allzeit bereiten fanatischen Israel-Hasser vom Schlage eines Harold Pinter oder (für Amerika) Noam Chomsky“ an, „die kein Mitleid kennen und

keinen Vorwand brauchen, um den jüdisch[en] Staat zu schmähen“. Beide Autoren suchten wie andere Juden „Gunst und Zustimmung, indem sie jede Anstrengung unternehmen, um sich anzupassen... Der aufgeklärte Teil des heutigen Europa hätte aber doch gern, dass die Juden im Tausch für die vollwertige Mitgliedschaft im Kreise der herrschenden Meinung ein Kernstück ihrer Identität aufgeben: ihr Selbstverständnis als jüdisches Volk, wie sie es durch ihre Bindung an den demokratischen Staat Israel und das zionistische Projekt ausdrücken⁴⁵.“

Kritiken vom Schlage Finkelsteins auf der einen und Ottolenghis, die sich beruflich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt beschäftigt, auf der anderen Seite entbehren allzu häufig der Unkenntnis der innerisraelischen Dynamik der Konfrontation mit dem Nachbarvolk oder sie bemühen sich um deren Vernachlässigung. Nach dem Junikrieg erfuhren diese Triebkräfte eine krisenhafte Zuspitzung insofern, als der politische Zionismus einer grundlegenden Umdeutung mit Beiziehung religiöser Quellen unterzogen wurde: War er als eine pragmatische Bewegung mit dem Ziel der Befreiung von Menschen vom Antisemitismus angetreten, so mutierte er nun nach den Worten des Jerusalemer Politologen Shlomo Avineri zur „Befreiung von Bäumen oder Steinen, von schönen Tälern und Hügeln“ im biblischen Land⁴⁶. Dem im Frühjahr 1974 gegründeten „Block der Glaubenstreuen“ („Gush Emunim“) als Sammelbecken der radikalen Siedlerszene und seinen Nachfolgeverbänden, allen voran dem „Rat der Siedlungen in Judäa, Samaria und Gaza“, gelang es, den säkular auftretenden Zionismus mit einem dogmatischen Glauben an den Bund mit Gott herauszufordern. Eine gut organisierte religiöse Minderheit machte sich auf den Weg durch die Institutionen von Staat und Gesellschaft und schaffte es, das gesamte politische System nachhaltig zu beeinflussen.

Eine neue ideologische Strömung entstand, von den einen als „Neo-Zionismus“, von den anderen als „Yeshiva-Nationalismus“ oder als „religiöser Zionismus ohne Zionismus“ bezeichnet – eine „heilige Trinität“ aus Volk, Land und Tora, die dem Staat lediglich eine dienende Rolle auf dem Weg der Erlösung des jüdischen Volkes in messianischer Zeit zubilligen will. An die Stelle des „Judenstaates“ in Herzls Konzeption, wonach die Gesellschaft die Rabbiner „in ihren Synagogen festzuhalten wissen“ werde, sollte der „jüdische Staat“ treten: die Gemeinschaft der „Charedim“⁴⁷ (Gen. 66,2), in der auf strikte religiöse Observanz zumindest im öffentlichen Raum geachtet wird. Der an der Bar Ilan-Universität bei Tel Aviv lehrende Soziologe Menachem Friedman hat für ihre Anhänger die Bezeichnung „Exaktheit ohne Kompromisse“ verwendet⁴⁸ – für Publizisten schon in den frühen 1980er Jahren eine „tödliche Mischung aus Religion und Politik“. Jetzt sollte nachgeholt werden, was bei Staatsgründung unerreichbar war: die Verabschiedung einer Grundrechtsordnung auf der Basis des Religionsgesetzes („Halacha“), wie in vielen arabischen Staaten der Islam Staatsreligion ist und die Prinzipien der „Sharia“ als Hauptquelle der Gesetzgebung ausgewiesen sind wie etwa in Artikel 2 der ägyptischen Verfassung.

Zionismus ohne Zion erwies sich als Selbstbetrug, der eine desto heftigere Gegenbewegung hervorrief. Denn, so beschrieb der Soziologe Charles S. Liebman das Dilemma, ein säkulares Judentum könne im Gegensatz zur Religion kein Engagement, keine Begeisterung und kein Vertrauen begründen, weil säkulare Juden weder den Willen noch die Selbstdisziplin für eine Kultur der Verantwortung und der Loyalität aufbrächten⁴⁹. Jenseits manch problematischer Entscheidungen in seinen vielfältigen Funktionen (als Militär, Generalstabschef, Verteidigungsminister und Ministerpräsident zwischen 1974 und 1977) hatte Yitzhak Rabin mit der Prinzipienklärung von 1993 den Versuch unternommen, den Staat Israel und seine Bevölkerung aus der selbst auferlegten, mystisch begründeten Selbstisolierung – die Prophetie vom „Volk, das allein lebt“ (Num. 23,9) lautet in säkularer Übersetzung „Alle sind gegen uns“ – herauszuführen sowie an die Geschichte bis 1967 Anschluss zu finden. Mit der Osloer Interims-

vereinbarung („Oslo II“) sollte ein schrittweiser Rückzug aus der Westbank in die Wege geleitet werden. Schon Jahre früher war Rabin von einem prominenten Rabbiner gewarnt worden, wenn das Land nicht kümmere, um den kümmere sich das Land nicht. Spätestens mit seiner Ermordung im November 1995 zeigte sich, dass die zionistische Bewegung als radikaler Gegenentwurf zu den theologischen Grundfesten des jüdischen Selbstverständnisses als Volk Gottes in der Geschichte ein Balanceakt war, der sich zur Gefahr des Scheiterns auszuwachsen drohte, weil die Politik ihre eigene Glaubwürdigkeit untergraben hat und weil sie nicht mehr die alltäglichen Bedürfnisse der Israelis nach Sicherheit und Wohlfahrt zu erbringen vermochte.

Die israelisch-palästinensische „Genfer Initiative“ vom Dezember 2003 ist deshalb die fast verzweifelte Bemühung, für die Rückkehr der politischen Vernunft eine politische Bresche zu schlagen, und zwar hier wie dort, indem sie jenen jahrzehntelang aus den diplomatischen Sondierungen und Verhandlungen ausgeklammerten zentralen Konfliktfeldern mit einem detaillierten Vertragstext begegnet: der Zweistaatenregelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 einschließlich der Auflösung der jüdischen Siedlungen in der Westbank und im Gazastreifen, der Doppelhauptstadt Jerusalem, der Klärung des palästinensischen Flüchtlingsproblems sowie der Regelung von bilateralen Sicherheitsinteressen⁵⁰. Wie auch immer das Produkt künftiger offizieller Verhandlungen heißen wird, eines steht fest: Den Politikern, Angehörigen der Sicherheitsapparate, den Ökonomen, Intellektuellen, Künstlern und Autoren auf beiden Seiten der „Genfer Initiative“ ist klar, dass ihr Text einen Markstein setzt, um den die Regierungen nicht herumkommen werden. Die Zeit für durchgreifende Alternativen ist gekommen.

Einige Bemerkungen zur Rezeption des israelisch-palästinensischen Konflikts in Deutschland

Das hohe Interesse in Deutschland und in der internationalen Öffentlichkeit am Staat Israel ist ohne das katastrophische Ende des europäischen Judentums nicht zu erklären. Hinzu kommt die Eigenheit Israels als moderne und meinungs-offene Gesellschaft, auch wenn – wie ausgeführt – ihre Charakteristika in den vergangenen Jahren innenpolitisch nicht unumstritten geblieben sind. Dennoch bleibt der markante Gegensatz zur Lage in der arabisch-islamischen Welt offenkundig, wo der Prozess der Demokratisierung der dortigen Gesellschaften erst am Anfang steht. Dan Diner (Leipzig/Jerusalem) hat für den islamisch-arabischen Entwicklungsstillstand die Metapher der „versiegelten Zeit“ gefunden⁵¹.

Die privilegierte Beachtung Israels hat einige problematische Konsequenzen nach sich gezogen. Zum einen versteht sie nicht die Transformation des israelischen Selbstverständnisses, bei dem der Einfluss religiöser Überzeugungen ständig gewachsen ist. Zum anderen neigt sie dazu, innerpalästinensische Kontroversen und Widersprüche in der Politik nicht zur Kenntnis zu nehmen oder sie aus der eigenen Meinungsbildung mit der Begründung auszublenender Respekt für ein unterdrücktes Volk erfordere größtmögliche Nachsicht. Es kam deshalb nicht von ungefähr, dass die langjährigen Versäumnisse in der Wahrnehmung und der Urteilsfindung nach dem Tod Yasser Arafats im November 2004 weiteren Israel-feindlichen Wahnvorstellungen und Verschwörungstheorien Vorschub geleistet („Der Mossad⁵² hat ihn vergiftet!“) und dazu geführt haben, dass sein problematisches Erbe kaum thematisiert wurde – Unterdrückung der demokratischen Gewaltenteilung zu Lasten des Parlaments und der Justiz; Unwilligkeit zu durchgreifenden Reformen bei Bürokratie und Sicherheitsapparaten; Doppeldeutigkeit bei der Betonung des Primats des Politischen gegenüber dem Religiösen sowie Korruption, klientelistische Abhängigkeiten und sektorale

Monopole (Tabak, Mehl, Zucker, Öl, Petroleum, Gefrierfleisch, Holz, Stahl, Zement) zum Schaden einer tragfähigen wirtschaftlichen Infrastruktur.

Unreflektiert blieb überdies, dass die palästinensische Gegnerschaft zu Israel von einer erstaunlichen Unfähigkeit begleitet wurde, eigene Entscheidungen zumindest nachträglich der selbstkritischen Reflexion zu unterziehen. Mit der westlichen Stilisierung der Palästinenser allein als Opfer ging eine politische Entmündigung einher, die sie lediglich als Objekte der Geschichte wahrnahm und den Verdacht eines wohlwollenden Rassismus weckte, der mehr über ihre Wortführer als die Adressaten aussagt. Der Gönnerhaftigkeit kam ein schwer verständliches palästinensisches Selbstmitleid entgegen, das sich jedoch die „Einmischung in innere Angelegenheiten“ verbat. Sie war nicht nur bei Palästinensern anzutreffen. Der Gönnerhaftigkeit kam ein schwer verständliches palästinensisches Selbstmitleid entgegen, das sich gleichzeitig die „Einmischung in innere Angelegenheiten“ verbat. Sie war nicht nur bei Palästinensern anzutreffen, wie das Beispiel der aggressiven antiwestlichen Demonstrationen in zahlreichen Ländern mit moslemischer Bevölkerung nach den dänischen Mohammed-Karikaturen bewies. Denn antiwestliche und antisemitische Karikaturen sind selbst in einem Staat wie Ägypten gang und gäbe, das seit 1979 einen Friedensvertrag mit Israel unterhält. Selbst gegenüber milder Kritik an Menschenrechtsverletzungen reagiere die ägyptische Regierung höchst empfindlich, hat der US-amerikanische Diplomat Martin Indyk berichtet⁵³. Erst die wüsten antiisraelischen Ausfälle des iranischen Präsidenten Machmud Achmadinedjad im November 2005 – Joschka Fischer bezeichnete sie als „schäumenden Antisemitismus“ – und der Sieg von „ Hamas“ bei den Parlamentswahlen zwei Monate später haben im Westen dafür gesorgt, dass die Verweigerung der Anerkennung des Staates Israel als kultur- und religionsfremder Entität im „Haus des Islam“ ganz allmählich ein schwerwiegendes Hindernis ist, wenn die Realisierung des fundamentalen Desiderats zur friedlichen Koexistenz ernst genommen werden soll. Berechenbarkeit wird man auch von der palästinensischen Politik erwarten dürfen – und die Distanzierung von falschen Freunden im Ausland.

Schlussbemerkungen

Was bleibt? Die Behauptung, kritische Äußerungen zur Politik Israels würden regelmäßig als antisemitisch verunglimpft, erweist sich nicht nur als Popanz, der dazu herhält, sich als unschuldiges Opfer zu gerieren, sondern sie verrät einen antijüdischen Unterton: Mit Juden könne man nicht „normal“ umgehen, weil sie sich eine immunisierende Auserwähltheit anmaßen. Damit wird die Deutung eines Jahrhunderte alten Topos fortgeführt, die zum einen jüdisch-religiösem Selbstverständnis insofern widerspricht, als die Auserwählung – die gottgefällige jüdische Lobby – ein kaum erträgliches Joch im Alltag darstellt, dessen „Halsstarrigkeit“⁵⁴ regelmäßig schwere kollektive Heimsuchungen und Strafen nach sich zieht; selbst die Shoah ist von einigen Rabbinern so verstanden worden. Zum anderen verrät diese Lesart einen ansehnlichen Grad der Empörung darüber, dass die eigene Auserwähltheit von den Juden nicht akzeptiert werde. Hier laufen religiöser Antijudaismus und völkischer Rassismus zusammen.

Juden sind keine über der Geschichte stehende Wesen. Auch ihnen gegenüber ist Kritik prinzipiell legitim. Doch die Dämonisierung Israels geht nach dem zuspitzenden Urteil des früheren Außenministers Shlomo Ben-Ami weit über das hinaus, was „man als legitime Kritik verstehen könnte, denn sie hat sich in einen weltweiten Durst nach Rufmord verwandelt“. Israel wie einen Staat auf Bewährung zu behandeln, sei unanständig⁵⁵. Als Reaktion auf weit überzogene Ressentiments hat der biblisch hergeleitete Pessimismus vom „Volk, das allein lebt“ in den israelischen Diskurs Einzug gehalten. Er spiegelt jene pessimistische Geschichtsphilosophie wider, die dem politischen Zionismus von jeher eigen war,

wenn er sich zum Leben der Juden „unter den Völkern“ äußerte. Daher ist die Kritik an ihnen, die die Lektion der Geschichte – die Shoah – nicht verstanden hätten, viel grundsätzlicher als die Zurückweisung von Äußerungen aus nichtjüdischem Munde.

Nicht zuletzt angesichts jüngster antijüdischer Ausschreitungen in einem Land wie Frankreich mit einer hohen moslemischen Einwanderungsrate ist die Vermutung geäußert worden, dass ihnen die Beilegung des Nahostkonflikts den Grund entziehen würde. Diese Erwartung geht von einer aus der Historie des Antisemitismus bekannten Voraussetzung aus, nämlich dem weltanschaulich nicht verdauten theologischen Konstrukt von der Einheit des arabisch-moslemischen Volkes. Es findet zwar in der Idee vom „Haus des Islam“ eine scheinbare Bestätigung, die jedoch von der Empirie arabischer Nationalstaaten und den dortigen sozialen Eigengesetzlichkeiten längst überholt ist. Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass sich das antiisraelische Stereotyp längst verselbständigt hat und der Anlässe der Okkupation in den palästinensischen Gebieten nicht mehr bedarf. Eine bescheidene jüdische Redewendung lautet: Bitte kritisiert uns nicht mehr, als wir es verdienen.

¹ Detlev Claussen in der Rezension des von Peter Bettelheim, Silvia Prohinig und Robert Streibel herausgegebenen Buches „Antisemitismus in Osteuropa“. Wien 1992, in „Frankfurter Rundschau“ 11.11.1992.

² Gangolf Hübinger in seiner Rezension des Buches von Christoph Nonn: Eine Stadt sucht einen Mörder. Göttingen 2002, in „Süddeutsche Zeitung“ 9.10.2002.

³ Moshe Postone: Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in Dan Diner (Hg.): Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz. Frankfurt am Main 1988, S. 242 ff.

⁴ Hermann Greive: Geschichte des modernen Antisemitismus in Deutschland. Darmstadt 1983.

⁵ Darauf hat Amos Funkenstein in seinem Aufsatz hingewiesen „Juden, Christen und Muslime. Religiöse Polemik im Mittelalter“, in Wolfgang Beck (Hg.): Die Juden in der europäischen Geschichte. München 1992, S. 33 ff.

⁶ Olaf Blaschke: Katholizismus und Antisemitismus im Deutschen Kaiserreich. Göttingen 1997.

⁷ Der „Berliner Antisemitismusstreit“. Eine Kontroverse um die Zugehörigkeit der deutschen Juden zur Nation. München 2003.

⁸ Zygmunt Bauman: Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Europäische Verlagsanstalt: Stuttgart 1992.

⁹ Dietz Bering: Der Name als Stigma. Berlin 1987.

¹⁰ Shulamit Volkov: Jüdisches Leben und Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert. München 1997.

¹¹ Werner Jochmann: Gesellschaftskrise und Judenfeindschaft in Deutschland 1870 – 1945. Hamburg 1992.

¹² Zit. von Detlev Claussen: Vom Judenhass zum Antisemitismus. Frankfurt am Main 1987.

¹³ Michael Salewski: Der Weg zum Holocaust, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 25.1.2005, S. 8.

-
- ¹⁴ Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit. München 1999; ders.: Karrieren im Zwielficht. Hitlers Eliten nach 1945. Frankfurt am Main / New York 2001.
- ¹⁵ Carl Schmitt: Glossarium. Aufzeichnungen der Jahre 1947 – 1951. Hg. Eberhard Freiherr von Medem. Berlin 1991.
- ¹⁶ Hans Jürgen Syberberg: Vom Unglück und Glück der Kunst in Deutschland nach dem letzten Kriege. München 1990.
- ¹⁷ Werner Bergmann: Antisemitismus im Rechtsextremismus, in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ # 42 vom 17.10.2005.
- ¹⁸ Detlev Claussen: Grenzen der Aufklärung. Zur gesellschaftlichen Geschichte des modernen Antisemitismus. Frankfurt am Main 1987.
- ¹⁹ Andreas Zick & Beate Küpper: Antisemitismus in Deutschland – Ergebnisse aus dem GMF-Survey 2004.
- ²⁰ Werner Bergmann und Rainer Erb: „Mir ist das Thema Juden irgendwie unangenehm.“ Kommunikationslatenz und die Wahrnehmung des Meinungsklimas im Fall des Antisemitismus, in „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ 43(1991)3, S. 502 ff.
- ²¹ Werner Bergmann, a.a.O.
- ²² Auslöser war das Buch von Ernst Nolte: Der europäische Bürgerkrieg 1917 – 1945. Nationalsozialismus und Bolschewismus. Berlin 1987.
- ²³ Fritz Ullrich Fack: Ein Scherbenhaufen, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 29.4.1985, S. 1.
- ²⁴ R.H.: Willkommen!, in „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ 2.5.1985, S. 1.
- ²⁵ Peter Iden, in „Frankfurter Rundschau“ 5.11.1985, S. 8.
- ²⁶ Sonja Margolina: Das Ende der Lügen. Rußland und die Juden im 20. Jahrhundert. Berlin 1992.
- ²⁷ So der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler.
- ²⁸ Der Begriff stammt nach meiner Erinnerung von Moshe Tavor, dem langjährigen Israel-Korrespondenten der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“, der nach seiner Emigration aus Prag in Jerusalem lebte.
- ²⁹ Niels Kadritzke: Die Deutsche Linke und der Nahost-Konflikt – Solidarität mit wem?, in „diskussion“ 27/Juni 1969, S. 9 ff., herausgegeben von der Deutsch-Israelischen Studiengruppe e.V. an der FU-Berlin. Hervorhebung durch den Verf.
- ³⁰ Daniel Jonah Goldhagen: Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust. Berlin [1996].
- ³¹ Andreas Zick und Beate Küpper, a.a.O.
- ³² Ex. 17,18 passim.
- ³³ Lilach Weissmann: Netanyahu compares Hamas election win to rise of Hitler, in „Haaretz“-online 30.1.2006.
- ³⁴ Friedmans Glückwunsch unter der Überschrift „Das Richtige lernen“ in FAZ 19.10.2005, S. 7.
- ³⁵ Noah Efron: Real Jews. The Struggle for Jewish Identity in Israel. Basic Books 2003.

-
- ³⁶ Deut. 30,3-5; Jes. 11,12; Jes. 27,13; Jes. 56,8; Jes. 66,20; Jer. 31,10; Zeph. 3,20.
- ³⁷ So etwa Juliane Wetzel: Der schwierige Umgang mit einem Phänomen – Die EU und der Antisemitismus, in Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik, Jahrbuch 2005 für deutsche Geschichte, hrsg. vom Minerva Institut für deutsche Geschichte Universität Tel Aviv. Göttingen 2005, S. 90 ff.
- ³⁸ Idith Zertal: Nation und Tod. Der Holocaust in der israelischen Öffentlichkeit. Göttingen 2003.
- ³⁹ Abraham Burg: Es gibt keinen Mittelweg. Das Ende des Zionismus?, in „Süddeutsche Zeitung“ 12.9.2003.
- ⁴⁰ Ari Shavit: Avrum jetzt (Interview mit Burg), in „Haaretz“-Wochenendbeilage 14.11.2003, S. 24 ff. „Avrum“ ist ein Kosename für „Abraham/Avraham“.
- ⁴¹ Roman Bronfman: Fanning the flames of hatred, in „Haaretz“-online 19.11.2003.
- ⁴² Moshe Machover: Zionism – A Major Obstacle, via www.pamolson.org/ArtApartheid.htm; ders.: Machover: Is it Apartheid?, via www.pamolson.org/ArtApartheid.htm.
- ⁴³ Avi Shlaim: Ist der Zionismus heute der wahre Feind der Juden? Ja!, in „Süddeutsche Zeitung“ 8.2.2005.
- ⁴⁴ Norman G. Finkelstein: Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird. München 2001.
- ⁴⁵ Emanuele Ottolenghi: Europas „gute Juden“, in „Welt am Sonntag“ 21.1.2006.
- ⁴⁶ Shlomo Avineri: Was geschah mit dem Zionismus?, in „Maariv“ 18.7.1976.
- ⁴⁷ (die) Gottesfürchtigen, vgl. Gen. 66,2.
- ⁴⁸ Menachem Friedman (1993.2): Jewish Zealots: Conservative versus Innovative, in Laurence J. Silberstein: Jewish Fundamentalism in Comparative Perspective. Religion, Ideology, and the Crisis of Modernity. New York & London 1993, S. 104 ff.
- ⁴⁹ Charles S. Liebman: Secular Judaism and Its Prospects, in „Israel Affairs“ 4(Summer 1998)3&4.
- ⁵⁰ Reiner Bernstein: Von Gaza nach Genf. Die Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern. Schwalbach/Ts. 2006.
- ⁵¹ Dan Diner: Versiegelte Zeit. Über den Stillstand in der islamischen Welt. Berlin 2005.
- ⁵² Israelischer Auslandsgeheimdienst. „Mossad“ entbehrt jeder geheimnisvollen Deutung und heißt zu Deutsch „Institution“.
- ⁵³ Martin Indyk: Back to the Bazaar, in „Foreign Affairs“ January/February 2002, S. 75 ff.
- ⁵⁴ Vgl. Ex. 32,9.
- ⁵⁵ Shlomo Ben-Ami: Ist der Zionismus der wahre Feind der Juden? Nein!, in „Süddeutsche Zeitung“ 8.2.2005.